

# Kreisarbeitsprogramm 2008/2009 der JungsozialistInnen Charlottenburg-Wilmersdorf

#### Selbstverständnis und Positionierung im Verband und der Partei

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf bekennen uns zu den Grundwerten des demokratischen Sozialismus: Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Diese Werte bilden für uns die Grundlage unseres politischen Denkens und Handelns und setzen dabei den Rahmen der Analyse des entwickelten und gegenwärtigen Kapitalismus. Politische Prozesse in diesem Sinne zu sehen und zu versuchen, diese in Partei und Gesellschaft zu gestalten ist weiterhin unser Anspruch.

Die Halbzeit der Großen Koalition auf Bundesebene ist abgepfiffen und wir sehen einem Ende der Zwickmühlen- und Notlösungskoalition entgegen. Die noch andauernde Regierungsbeteiligung der SPD ist unter den feministisch-jungsozialistischen Maßstäben unseres Verbandes nicht Mittel der Wahl um eine emanzipative Politik zu betreiben. Die Bereitschaft der SPD zur Erhöhung des Kindergeldes zu Lasten des Ausbaus einer guten Infrastruktur im Bereich der Kinderbetreuung geht genauso weit an unseren Vorstellungen vorbei, wie der zu Beginn der Legislaturperiode zusammengeschusterte Kompromiss bei der Gesundheitsreform. Die bizarre (scheinbare) Machtlosigkeit gegenüber den internationalen Finanzmärkten und ihren Hedge-Fonds, die pseudo-kämpferischen Antworten deutscher PolitikerInnen auf Massenentlassungen und eine willenlose Kanzlerin, die den Anspruch erhebt auch unsere zu sein, zeigen es deutlich: Es reicht!

Bei aller Kritik am Regierungshandeln der SPD stehen wir ihr in kritischer Solidarität gegenüber; in der Tradition der Arbeitsjugendbewegung stehend, streiten wir in ihren Gremien und Gliederungen, aber auch im Bündnis mit außerparlamentarischen Initiativen, für fortschrittliche Politik. Deshalb werden wir in den kommenden Bundestagswahlkämpfen wieder auf die Straßen gehen, um für ein linkes Bündnis zu werben, um die schon jetzt existierenden linken Mehrheiten zu konsolidieren und um die Verwirklichung einer linken Regierung auf Bundesebene voranzutreiben. Es bleibt auch weiterhin in unserem Aufgabenbereich, Die LINKE und die Grünen als mögliche Bündnispartnerinnen der SPD zu erkennen. Trotz der vielfach berechtigten Kritik an verschiedenen Programmpunkten dieser Parteien müssen Gemeinsamkeiten erkannt und herausgearbeitet werden. Gerade durch unsere Erfahrungen mit der Koalition im berliner Abgeordnetenhaus wissen wir, dass sich hier neue Möglichkeiten der Realisierung einer progressiven Politik auf Bundesebene bieten.

Die Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf wollen auch weiterhin eine der tragenden Säulen des Juso-Landesverbands Berlin und der Berliner Juso-Linken bleiben – inhaltlich und personell. Daher werden wir auf Landesdelegiertenkonferenzen, im erweiterten Landesvorstand sowie in den Arbeitskreisen und Arbeitsgemeinschaften den Landesverband inhaltlich mitgestalten und vorantreiben und so für ein linkes Projekt arbeiten. Daher werden wir auch im engen Austausch mit anderen Berliner Kreisverbänden stehen. Umgekehrt wollen wir an den Kampagnen der Jusos Berlin sowie des Bundes- und Weltverbands als Basisgruppe mitarbeiten und unsere Ideen und Impulse hinzugeben.

### **Unsere Arbeitsweise**

Seit nunmehr zwei Jahren arbeiten die Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf bewusst partizipativ und integrativ zusammen. Dabei hat sich das Modell des KreissprecherInnenrats für die Bewältigung der organisatorischen Aufgaben und der Betreuung der Mitglieder bewährt. Aufgrund dessen haben wir uns bei unserer Klausurtagung im Februar 2008 dazu entschlossen, dieses Modell weiterhin als Vorstandsmodell zu nutzen. Desweiteren vertritt der KreissprecherInnenrat die Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf gegenüber dem Juso-Landesverband und gilt als zuverlässiger Ansprechpartner für die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf. Die Einbindung aller Mitglieder in die Planung der 14-tägig stattfindenden Plena funktioniert nicht zuletzt wegen der Arbeitsweise eines SprecherInnenrats so gut. Entscheidungen und Abstimmungsprozesse werden auf viele Schultern verteilt, um möglichst allen eine aktive Beteiligung zu ermöglichen. Dadurch kann ebenfalls gewährleistet werden, dass alle Prozesse transparent und unter Einbeziehung aller gestaltet werden können. Auch wenn es während der zwei Jahre einige Durststrecken zu bewältigen galt, so kann schlussendlich ein positives Fazit gezogen werden und ein weiterer Anlauf für einen KreissprecherInnenrat liegt bei der Wahl am nächsten. Es bleibt festzuhalten, dass der KreissprecherInnenrat für uns die institutionalisierte Form eines gut funktionierenden Vorstandes ist.

Der Aufbau und Ablauf unserer Kreisplena hat sich bewährt. Wir werden weiterhin versuchen, verschiedene Ziele zu erreichen: von der politischen Selbstbildung der Aktiven über Anträgen in den Partei und Verbandsgremien, von Aktionen bis zu fachlichen Beiträgen zu Publikationen oder der Erstellung eigener Materialien wie unserem Bildungsheft.

Unser bewährtes Konzept, uns im zweiten Teil jedes Plenums über mehrere Sitzungen hinweg mit einem Politikfeld bzw. einem Teilbereich zu beschäftigen, werden wir beibehalten. Stärker noch als bisher werden wir dabei versuchen, Sitzungen miteinander zu verbinden, ihnen ein klar erkennbares und strukturiertes Gesamtkonzept zu Grunde zu legen. Wir werden der Vielzahl an Interessen im Kreis Rechnung tragen und in den kommenden Jahren eine größere Zahl an thematischen Bereichen mit unserer Arbeit abdecken als in der Vergangenheit. Die thematischen Blöcke werden jeweils zwei bis vier Sitzungen umfassen, wir werden regelmäßig im Plenum diskutieren, mit welchen

Themenblöcken wir uns als nächstes beschäftigen. Wir wollen dabei wann immer es möglich ist mit externen ReferentInnen zusammenarbeiten, um uns Sachverstand von außen zu holen und gemeinsam mit Funktions- und MandatsträgerInnen unsere politischen Positionen zu artikulieren und weiterzuentwickeln.

456

7

8

9

1011

12

13

14

15

1

2

3

Wichtiger Teil unserer Arbeit ist die Doppelstrategie. Das bedeutet, neben der Mitarbeit in den Gremien und Gliederungen der Sozialdemokratie auch mit anderen Organisationen im personellen und inhaltlichen Austausch zu bleiben.

- Wir wollen im Bezirk mit anderen linken Parteien wie den Grünen und der Linkspartei, mit politischen Jugendorganisationen, mit antifaschistischen Gruppen, mit Bürgerbündnissen und -initiativen und mit den Gewerkschaften im Dialog bleiben und zusammenarbeiten.
- Dazu gehört, dass wir ReferentInnen aus diesen Organisationen einladen und so unsere Arbeit inhaltlich ergänzen und Teil des gesellschaftlichen Prozesses bleiben. Außerdem wollen wir in Bündnissen und Initiativen mitarbeiten und so Charlottenburg-Wilmersdorf nach unseren Wünschen und Ideen gestalten.

1617

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

Als Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf ist es uns sehr wichtig, allen Mitgliedern im Kreis die Möglichkeit zu geben, sich immer über die Arbeit auf dem Laufenden zu halten. Da viele Aktiven verschiedene andere Verpflichtungen haben und anderen Aktivitäten, auch im Sinne der Doppelstrategie 2.0, nachgehen, ist es für uns selbstverständlich alle Diskussions- und Arbeitsergebnisse zu sichern. Seit knapp anderthalb Jahren arbeiten wir mit dem Instrument des Kreisbulletins. Das Kreisbulletin soll, anders als ein oft schleppend zu lesendes Ergebnisprotokoll, alle relevanten Ergebnisse, Diskussionsthemen und die wichtigsten Termine aus dem "Orga-Teil" kurz und prägnant zusammenfassen. Das zu Anfang aus einer einfachen E-Mail bestehende Kreisbulletin hat sich nun zu einer informativen Broschüre gewandelt. Mit Bildern des letzten Plenums, einem ansprechenden Layout und einem Hauch von Wortwitz soll es zur Lektüre animieren und alle aktiven und passiven Genossinnen und Genossen über die Arbeit informieren. Neben der bloßen Informationsfunktion kann das Kreisbulletin somit auch als Motivator für eine regelmäßige Beteiligung an den Plena dienen. In den kommenden zwei Jahren soll das Kreisbulletin weiter eingeführt und ausgebaut werden. Als wichtiges Kommunikationsmittel können so auch weiterführenden Inhalte vermittelt und Ideen umgesetzt werden. Dem Engagement sind dabei kaum Grenzen gesetzt und neue Rubriken wie z.B. "Wer war eigentlich...?" oder "Was bedeutet...?" können somit zur aktiven politischen Selbstbildung beitragen. Um das alles zu realisieren, müssen sich auch weiterhin Aktive finden die das Kreisbulletin in der Tradition der informativen Selbstorganisation voranbringen.

373839

### Gleichstellung ist und bleibt Kernanliegen unserer Politik

1
 2
 3

Männlich dominierte Arbeitsweisen und Diskussionsformen schrecken viele Frauen ab. Um die Beteiligung junger Frauen bei unserer Arbeit zu verbessern müssen wir unsere patriarchalisch geprägten Strukturen und Arbeitsweisen ändern. Durch partizipative Moderationsformen wollen wir allen Aktiven die Möglichkeit geben sich zu beteiligen und unsere Plena zu gestalten. Dazu gehört es auch, dass wir uns einen disziplinierteren Redestil angewöhnen. Kurze Redebeiträge sind partizipativer und schrecken junge Frauen sowie alle anderen Neuaktiven weniger davon ab, selbst aktiv zu werden.

- Als feministischer Richtungsverband bleibt die Gleichstellung von Mann und Frau ein Kernanliegen unserer Politik. Deswegen wollen wir die genderspezifischen Aspekte innerhalb unserer Themenfelder stärker beachten. Dazu gehört es auch, Frauen bei der Themenfindung stärker als bisher zu berücksichtigen. Wir wollen darauf achten, dass wir zu
- Wir haben in den letzten zwei Jahren große Fortschritte im geschlechtergerechten Gestalten unserer Arbeit gemacht. Trotzdem wollen wir weiter daran arbeiten, damit sich alle GenossInnen in unseren Diskussionen angesprochen fühlen.

etwa gleichen Teilen Frauen und Männer als ReferentInnen einladen.

Wir wollen ein Gendertraining mit allen GenossInnen machen. Durch die Simones im letzten Jahr hat sich gezeigt, dass es viele junge Frauen im Bezirk gibt, die sich politisch engagieren wollen, aber sich von unseren Plena nicht angesprochen fühlen. Durch einen Frauenzusammenhang wollen wir diese trotzdem an unserer Arbeit beteiligen.

## **Organisatorisches und Aktionen**

In diesem Jahr begehen wir das 40-jährige Jubiläum der 68er-Bewegung. Die Ereignisse von 1968 und der folgenden Jahre hatten großen Einfluss auf Politik und Gesellschaft. Auch für die Jusos blieb die Studentenbewegung nicht folgenlos, vollzog sich doch durch sie die Linkswende der Jusos. Die Geschichte der 68er ist aber auch eng mit der Geschichte unseres Bezirks verknüpft. Die Zentrale des SDS lag am Ku'damm. Die Kommune 1 befand sich zeitweise am Stuttgarter Platz. Auch wichtige Ereignisse dieser Zeit, wie z.B. die Erschießung von Benno Ohnesorg, das Attentat auf Rudi Dutschke und die Schlacht am Tegeler Weg fanden in unserem Bezirk statt. Im Amerika-Haus ist gegenwärtig eine Ausstellung zum Thema 68er- Bewegung zu sehen. Wir werden diese im Rahmen eines kulturellen Events besuchen, um uns so mit der Geschichte der 68er-Bewegung zu beschäftigen.

Aber auch mit anderen geschichtlichen Ereignissen in unserem Bezirk wollen wir uns befassen. Charlottenburg-Wilmersdorf war Schauplatz vieler Geschehnisse in einem der dunkelsten Kapitel europäischer Geschichte. Viele Schauplätze von NS-Verbrechen befinden sich in unserem Bezirk: z.B. das ehemalige Reichskriegsgericht Lietzensee, die Murellenschlucht und das Gefängnis Plötzensee. Besonders bedeutsam ist dabei das Gleis 17 des Bahnhofes Grunewald. Von hieraus wurden tausende Berliner Juden mit Zügen nach

Auschwitz deportiert. In der ersten Jahreshälfte 2008 wird der Zug der Erinnerung dort Station machen, um an die schreckliche Geschichte dieses Ortes zu erinnern. Als Kreisverband möchten wir dies unterstützen, indem wir nicht nur den Zug der Erinnerung besuchen, sondern darüber hinaus im Rahmen des Projektes die Biographie eines deportierten und ermordeten Berliner Kindes recherchieren werden. Ferner möchten wir uns auch mit anderen Erinnerungsorten im Bezirk auseinandersetzen.

uns auch mit anderen Erinnerungsorten im Bezirk auseinandersetzen.

Leider gibt es heute immer noch Rechtsextreme in unserer Stadt, die auch in unserem Bezirk ihr Unwesen treiben. Als Teil eines antifaschistischen Jugendverbandes möchten wir diesen aktiv entgegen wirken. Konkret wollen wir uns als Kreisverband zunächst darüber informieren, wo und in welchem Umfang es rechtsextremistische Aktivitäten in unserem Bezirk gibt. Wir wollen vor allem aber aktiv in der Öffentlichkeit durch entsprechende Aktionen gegen rechtsextreme Propaganda in unseren Kiezen angehen. Hierzu möchten wir im Sinne der Doppelstrategie auch mit anderen antifaschistischen und antinazistischen Organisationen und Gruppen im Bezirk, wie z.B. der Antifa Wilmersdorf, zusammenarbeiten. Konkret zeigen sich gegenwärtig rechte Aktivitäten im Zusammenhang mit dem geplanten Moscheebau am Mierendorffplatz. Hier gehen rechte Parteien auf Stimmenfang, indem sie Vorurteile und Ängste der Bevölkerung ansprechen und für ihre Zwecke ausnutzen.

Auch aus anderen Gründen möchten wir uns weiterhin mit dem Moscheebau beschäftigen. Nachdem wir im November 2007 mit Vertretern von Inssan e.V. diskutiert haben, stellten wir fest, dass nicht alle unsere Fragen, die wir sowohl abstrakt im Hinblick auf den Islam und seiner Sitten und Gebräuche als auch konkret bezüglich des Vereins und seines Projektes hatten, umfassend zu unserer Zufriedenheit beantwortet wurden. Wir werden uns auch weiterhin kritisch, aber aufgeschlossen mit dem Verein Inssan e.V. und seinem Bauvorhaben am Mierendorffplatz beschäftigen.

Auf unserer Klausurtagung stellten wir fest, dass die Jusos klima- und umweltpolitisch inhaltlich eher schwach aufgestellt. Das Thema wird eher von der Grünen Jugend, der BUND-Jugend und anderen Akteuren besetzt. Wir möchten daher klimapolitisch "netzwerkeln" und auch dieses Themenfeld stärker besetzen. Dazu soll auch unser Themenblock "Prima Klima" dienen.

Ferner wollen wir Strategien entwickeln, um die Jusos bei der Bezirksjugend noch bekannter zu machen.

#### **Gute Arbeit**

Die Veränderungen in der kapitalistischen Formation haben gravierende Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Unternehmen. Die Qualität der Arbeitsbedingungen ist offenkundig verbesserungsbedürftig. Zunehmende Belastungsvielfalt, Arbeitsintensivierung und immer längere und flexiblere Arbeitszeiten

gegen die Interessen der Arbeitenden sind nur einige Merkmale einer Arbeitswelt mit hohem Verschleiß menschlicher Arbeitskraft. Hinzu kommt, dass immer mehr Arbeitsverhältnisse von zunehmender Unsicherheit geprägt sind. Leiharbeitsverhältnisse, befristete Arbeitsverhältnisse oder neue Formen von (Schein-)Selbstständigkeit sind inzwischen weit verbreitete Phänomene. Prekarisierung betrifft insbesondere BerufseinsteigerInnen. Hinzu kommt, dass die Interessenvertretung und die Mitbestimmung der Arbeitenden sich in immer größeren Bereichen zunehmend schwierig gestalten.

7 8 9

10

11

12

13

14

1

2

3

4

5

6

Die Erwerbsarbeit und deren Ausgestaltung hat insbesondere auch für junge Menschen eine zentrale Bedeutung. Die Beschäftigung dient nicht nur dem Lebensunterhalt, sondern auch der sozialen Teilhabe und Selbstverwirklichung. Die Ausbildung und weitere Qualifikation beispielsweise durch Weiterbildungsmaßnahmen der entscheiden darüber, welche Tätigkeiten diese ausüben können. Der Sozialstaat besitzt die Aufgabe soziale Risiken wie Krankheit, Unfall oder Arbeitslosigkeit abzusichern und unter anderem in diesen Fällen den Erwerbsausfall auszugleichen.

151617

18

1920

Wir wollen uns gemeinsam mit verschiedenen Aspekten von Arbeit beschäftigen, gemeinsam klären, wann Arbeit für uns Gute Arbeit ist und welche Anforderungen gerade wir als junge ArbeitnehmerInnen an eine gerechte Arbeitsgesellschaft haben. Dazu wollen wir u.a. gemeinsam mit den (Jugend)-Gewerkschaften arbeiten. Wie in der Vergangenheit werden wir uns am Jugendblock auf der 1. Mai-Demonstration der Gewerkschaften beteiligen.

2223

21

### Wider den Nützlichkeitszwang – Bildung neu denken!

242526

27

Noch immer bestimmt die soziale Herkunft die Bildungschancen jedes und jeder einzelnen. Ergebnisse verschiedener Studien haben gezeigt, dass nicht allein individuelle geistige Voraussetzungen über den jeweiligen Bildungsweg entscheiden.

282930

31

32

33

34

Die aktuelle bildungspolitische Situation ist gekennzeichnet durch ein selektives weil mehrgliedriges Schulsystem, Unterrichtsausfall, Kürzungen, Konkurrenz, Chancenungleichheit, mittelmäßige Einfältige Lernergebnisse. Es gilt das Motto: "Reich bildet sich, Arm bleibt dumm" Kurzum: Unser Schulsystem leistet nicht das, was es leisten muss. Schule bereitet nicht ausreichend auf das Leben vor, ist nicht Lebensraum und kein Ort der Vielfalt.

353637

38

39

40

41

Die Privilegierten schotten sich auch im Bildungsbereich ab und schaffen so Chancenungleichheit zu Lasten der Schwächeren und der gesamten Gesellschaft. Ganze Volksgruppen und Klassen wie Migrantlnnen, ArbeiterInnenkinder und soziökonomisch schlechter gestellte Menschen werden dadurch ihrer Bildung und Zukunftschancen beraubt. Das Überbleibsel des preußischen drei-Klasse- Staates spiegelt sich immer noch im Bildungs-

und besonders im Schulsektor wieder. Damit können und wollen wir uns nicht abfinden! Das Privileg der herrschenden Klasse muss gebrochen und somit die Teilhabe an Bildung für alle ermöglicht werden. Denn Bildung ist ein Schlüssel für sozialen Aufstieg und kann Chancengleichheit schaffen.

Wirtschaftslobby und neoliberale Think Tanks wie Bertelsmann, die Stiftung "Neue Soziale Marktwirtschaft" und das Ifo-Institut haben in den letzten 20 Jahren an der Ökonomisierung des Bildungsbereichs aktiv mitgewirkt. Die Themen hinter den Schlagwörtern "Individuelle Förderung", "Chancengerechtigkeit" und das "Überwinden des dreigliedringen Schulwesens" sind auf der Agenda dieser neoliberalen Protagonisten genau so zu finden wie in vielen Beschlüssen der Jusos. Doch müssen wir uns immer wieder fragen, ob wir das gleiche meinen, oder nicht. Wie müssen wir auf diese neoliberale Offensive reagieren und in welchem Verhältnis stehen die Zielmarken der Wirtschaftslobby zu unseren emanzipativen Bildungsansprüchen.

Dem neoliberalen Dogma von Bildung als Verwertungsgut zur Steigerung des Humankapitals, das den sogenannten "Abnehmern" zugute kommt, muss ein progressiver linker Bildungsbegriff entgegen stehen. Bildung ist Kulturgut und als dieses auch ein Menschenrecht und darf somit nicht primärer Zweck eines Verwirtschaftungsprozesses, sondern muss Selbstzweck sein.

Heutzutage hat die Wirtschaft die Möglichkeit, das Bildungssystem materiell und finanziell zu unterstützen und so auf den ersten Blick aufzuwerten. Doch eine Einmischung der Wirtschaft in Bildung und finanzielle Zuwendungen bedeutet in ihrer Konsequenz eine Gefahr für die öffentliche, freie, staatlich garantierte und kostenlose Bildung: Wirtschaft darf keinen Einfluss auf Inhalte der staatlichen Bildungseinrichtungen haben.

Die SPD Berlin vermag es auch in einer rot-roten Koalition immer noch nicht geschafft zu haben, Chancengleichheit durch Bildung zum gesamtstaatlichen Ziel zu erklären und darauf die nötigen Schritte einzuleiten. Die Verantwortung für ein gesamtstaatliches Bildungssystem wird auch in Berlin mehr und mehr zurückgefahren und Gestaltungsräume werden somit verspielt.

Daher wollen wir Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf uns den Fragen der Chancengleichheit in, und dem Einfluss von Wirtschaft auf Bildung stellen und ein progressives, linkes, zukunftsorientiertes Bildungsideal im kritischen Bewegungsdiskurs erstreiten und Lösungen für die Bildungsdebatte erstellen.

für die Bildungsdebatte erstellenUnser Ziel muss es sein, den Bew

Unser Ziel muss es sein, den Bewegungsdiskurs der Bildungsdebatte im Verband, in der SPD und bei den bildungspolitischen Akteuren einzubringen, Impulse zu geben und am Ende unserem Ziel der bedingungslosen Chancengleichheit näher zu kommen.

Hierbei wollen wir unsere Doppelstrategie auf SchülerInnenvertretungen, Elternpflegschaften und auch LehrerInnenverbänden sowie -initiativen erweitern und öffentlichkeitswirksam unsere Standpunkte präsentieren.

45

Unsere Maxime: Bildung ist für uns keine Wahre und Wissen kein Privileg!

6 7

8

9

1011

12

13

14

15

16

17

#### Mehr als nur Ökos!

Das Schlüsselthema Ökologie- und Energiepolitik fehlt weitgehend auf der Agenda der Jusos Berlin. Ein auf Landesebene eingerichteter Arbeitskreis Umwelt scheiterte schon daran, die Anfragen von interessierten GenossInnen ordentlich zu beantworten. Die Doppelstrategie kommt in diesem Bereich nur mäßig zum Tragen und in der öffentlichen Wahrnehmung wird dieses Themenfeld den Grünen zugeschrieben. Die Zeit ist reif, um auch in diesem Themenfeld "DER" meinungsbildende politische Verband Berlins zu werden. Das Thema Umwelt progressive von links zu besetzten und auch den jungen linken "Umweltbewegten" eine Heimat zu bieten. Hierzu müssen im Verband Positionen erstritten, Kontakte zur Umweltbewegung geknüpft und der gesamte Verband für dieses Thema sensibilisiert werden. Schließlich gilt es, das Zukunftsthema der Nachhaltigkeit, Ökologie und Energiewende langfristig von links zu besetzen.

181920

Daher machen wir Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf uns auf den Weg, um diese Debatte anzufachen, die Speerspitze einer verbandsinternen "Ökobewegung" zu werden und den Diskurs vom Kreis in den Landesverband zutragen.

2223

21

Wir Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf wollen den Öko- und Energiediskurs mit den sozialen
 Fragen verknüpfen und federführend mitgestalten.

Wir wollen, dass die aktuelle Diskussion um Nachhaltigkeit nicht zu einer Leerformel verkommt, sondern zu grundlegenden Änderungen unserer Lebens- und Wirtschaftsweise Anlass gibt. Dazu wollen wir den Begriff der Nachhaltigkeit für uns definieren und analytisch in den linken Diskurs einbinden. An welchen Faktoren setzt der Begriff der Nachhaltigkeit an? Geht es um individuelle oder kollektive Nachhaltigkeit? Ist Nachhaltigkeit spontan, oder organisiert? Ist Nachhaltigkeit vielleicht sogar eine zwingende Ergänzung unserer

Kapitalismuskritik oder ist die linke Bewegung seit über 150 Jahren per se nachhaltig?
 Mit diesen und ähnlichen Fragen werden wir uns in den kommenden Monaten beschäftiger

33 Mit diesen und ähnlichen Fragen werden wir uns in den kommenden Monaten beschäftigen, 34 um der Verbandsinternen "Ökobewegung" neuen Schwung zu geben.

3536

# Nein zur Westberliner Frontstadtnostalgie und ja zu linken Bündnissen in Bund und Land – Strategien für die Wahlkämpfe 2008/2009

373839

In der Wahlperiode 2008/2009 werden drei Wahlauseinandersetzungen stattfinden, die Volksabstimmung über den Flughafen Tempelhof die Bundestagswahl sowie die Europawahl

Im Frühsommer 2008 findet die Volksabstimmung über die Offenhaltung des Flughafens Tempelhof statt. Die Interessen, die hinter dem Volksbegehren stehen, sind allzu offensichtlich: die CDU, das Großkapital und die Springerpresse betreiben ihre Kampagne, um zum einen Stimmung gegen den rot-roten Senat zu machen und um zum anderen die Interessen von Einzelpersonen und einzelnen Unternehmen (z.B. Bahn AG) an der Offenhaltung von Tempelhof auf diese Weise durchzusetzen. Besonders heuchlerisch dabei ist, dass die CDU stets auf allen Ebenen mehr Bürgerbeteiligung politisch bekämpft hat, mittlerweile aber die neuen Instrumente auf Bezirks- und Landesebene geschickt nutzt, um ohne jede fachliche Vernunft in der Sache Oppositionspolitik zu machen. Eine gewonnene Abstimmung soll dem Senat die politische Legitimation absprechen.

Es sprechen viele gewichtige Argumente für die Schließung von Tempelhof. Der Flugplatz hat verkehrstechnisch nur noch eine geringe Bedeutung. Auf ihn sind im Jahre 2007 1,7 % aller Fluggäste in Berlin entfallen. Anders ausgedrückt: Die Tramlinie 68 zwischen Grünau und Altschmöckwitz hat doppelt so viele Fahrgäste (nämlich ca. 700.000) wie Tempelhof Fluggäste in Jahr 2007 (ca. 350.000). Die Schließung von Tempelhof ist die planungsrechtliche Voraussetzung für BBI. Auch die Aspekte Fluglärm und Sicherheit sind bedeutsam. Schließlich liegt der Flughafen mitten in einem dicht besiedelten Ballungszentrum. Außerdem ist es eine große stadtentwicklungspolitische Chance so ein großes Areal neu zu beplanen und zu nutzen.

Für die Offenhaltung von Tempelhof sprechen herzlich wenige Erwägungen, was man sehr deutlich an der Argumentation der ICAT sieht. Wirkliche Argumente sucht man dort vergeblich. Stattdessen wird immer wieder etwas von der Luftbrücke, der Mutter aller Flughäfen und irgendwelchen Arbeitsplätzen, die dann geschaffen werden könnten, erzählt. Überzeugende wirtschafts- oder verkehrspolitische Argumente werden nicht vorgetragen. So lässt sich die Volksbegehrenkampagne dann auch auf zwei Slogans reduzieren: "Hoch die West-Berliner Fronstadtnostalgie!" und "Arbeiter! Die Kommunisten und ihre Helfershelfer wollen Dir Deinen Learjet wegnehmen!". Ein aktiver Wahlkampf fürdie Schließung von Tempelhof ist nur möglich, wenn die Berliner SPD an Kampagnenfähigkeit zurückgewinnt.

29 Ohne Inhalte und Ideen lässt sich diese Abstimmung nicht gewinnen.

Auch der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf profitiert von der Schließung des Flughafens Tempelhof. Auch und gerade deshalb werden wir uns als Kreisverband aktiv am Wahlkampf um die Schließung von Tempelhof beteiligen. Ja zur Schließung- Nein zur Ignoranz!

Kurz vor der nächsten Bundestagswahl steht dann im Sommer 2009 die Wahl zum Europäischen Parlament an. Sie ist zum einen ein gewisser Stimmungstest für die spätere Bundestagswahl und zum anderen bedeutsam für die Beteiligung der BürgerInnen an den Entscheidungen auf Europaebene. Das Europäische Parlament erhält zunehmend mehr Rechte und Aufgaben, sodass es umso wichtiger ist, für die Teilnahme an der Europawahl zu werben und zur Wahl der SPD aufzurufen. Die Jusos CW als Teil eines internationalistisches und pro-europäisches Verbandes werden sich daher am Europawahlkampf beteiligen.

Spätestens im September/Oktober 2009 steht dann die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag an. Die SPD befindet sich auf Bundesebene gegenwärtig in einer höchst unbefriedigenden Koalition mit der CDU. Große inhaltliche und kulturelle Differenzen zwischen SPD und CDU führten und führen gegenwärtig zu Dauerstreitigkeiten, Minimalkonsensen und Stillstand in vielen Politikfeldern. Ziel des Wahlkampfes muss es daher sein, ein Wahlergebnis zu erreichen, dass es ermöglicht, die Große Koalition nicht fortzusetzen, sondern vielmehr eine Koalition links der Mitte unter Führung der SPD zu bilden. Bereits gegenwärtig gibt es eine linke Mehrheit in der Gesellschaft, die sich auch in der Zusammensetzung des Bundestages widerspiegelt. Diese linke Mehrheit muss perspektivisch 2009 oder 2013 eine Regierungsmehrheit im Bund werden. Denn nur auf diese Weise können wichtige politische Ziele der politischen Linken, wie z.B. Mindestlohn, Kurshalten beim Atomausstieg oder eine emanzipierte Familienpolitik, verwirklicht werden. Kurzum: Nur mit einer linken Mehrheit lässt sich auch linke Politik machen! Dafür lohnt es sich, Wahlkampf zu machen. Die Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf werden mit jungen linken Materialien an den Kampagnen des Landesverbands beteiligen. Wir möchten für unsere Ziele streiten und für diejenigen KandidatInnen kämpfen, die unsere Inhalte und Positionen teilen. Für eine linke Mehrheit auf Bundesebene!

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16